

zunächst beständige und übersichtliche Verhältnisse, dann erst Neuregelung des Finanzausgleiches. Zu dem kommunalen Zuschlagsrecht betonte Dr. Schlenker, den Gemeinden könne nur dann ein Zuschlagsrecht gewährt werden, wenn auch die breiteren Schichten der Lohnempfänger an dem Aufkommen der kommunalen Zuschläge zu den Ertragssteuern beteiligt seien. Die Haussteuer bedürfe dringend der Umgestaltung. Der Vorschlag Dr. Muteris, sie in eine abzulebende Mientenschuld umzuwandeln, verdränge Prüfung.

Nur Verwaltungsreform könne auch eine Revision der gesamten Kosten und Gebühren, die der Staat und die nachgeordneten Stellen für ihre Tätigkeit veranlassen. Ein Gegenstand besonderer Sorge sei der Siegerländer Erzbergbau. Am Schluss sang Dr. Schlenker auf die Verhältnisse zwischen Industrie und Presse und Industrie und Kunst ein.

Rechtsanwalt Dr. Kammerer erklärte, daß er aus seinem Vortrag Weltwirtschaftsfragen und Enquete-ausschüsse nur einiges Wesentliches ausführen könne. Während die Staaten als solche bisher immer Schwierigkeiten gemacht hätten, sei man in Wirtschaftskreisen zu der Auffassung gekommen, von sich aus Verständigung zu versuchen, wie sie auch jetzt der internationale Eisenpakt gebracht habe. Aus diesen Gründen wolle man durch diese Wirtschaftskongresse ein gewisses Forum schaffen, vor dem ohne Rücksicht einer direkten Vermittlung gewisse Grundzüge für eine

Verständigung der Völker auf wirtschaftlichem Gebiete festgestellt werden könnten. Man habe sich auf drei große Punkte geeinigt, an denen alle Völker das gleiche Interesse hätten. Dies seien:

**Geordneter Handelsverkehr, stabilisierte Währung und eine feste, gesicherte Rechtslage für den Handel in den einzelnen Staaten.**

Eine Teilnahme an solchen Besprechungen sei nicht mit der Aufgabe nationaler Eigenständigkeit gleichbedeutend. Man müsse aber immer darauf achten, daß man fest auf dem Boden der heimischen Grundlagen stehe. — Der Redner richtete dann seine Ausführungen gegen die öffentliche Kreditgedächtnisfrage der Staaten und forderte, daß die Wirtschaft auch wirtschaftspolitisch mitarbeiten müsse und an der Politik nicht vorbeigehen könne. Der Redner gab dabei der Ansicht Ausdruck, daß Silberberg auf seiner Dresdner Rede auf seine persönlichen, politischen und parteipolitischen Ansichten habe hinweisen wollen.

Dann ging der Redner auf die Aufgaben und Arbeiten der Enquete-Kommission ein und führte aus: Das Interesse des Volkes gehe nicht dahin, auf allen Gebieten der Wirtschaft das letzte zu wissen. Man werde ein gewisses Gesamtbild der deutschen Wirtschaft geben und einen Ausblick, was in Zukunft noch der enquetemäßigen Behandlung bedürfe.

### Der Pariser Ministerrat.

Arbeitsengpässe.

Paris, 1. Oktober. Der heute vormittag abgehaltene Ministerrat hat sich entgegen den früheren Ankündigungen nicht mit der Frage der deutsch-französischen Annäherung befaßt, sondern sich ausschließlich mit innenpolitischen Fragen beschäftigt und die Fortführung der eingeleiteten administrativen Reformen beschlossen. Es wurden heute insbesondere neue Einschränkungen der Volkswirtschaft und Zusammenlegung der großen Einfuhrämter von Getreide und Marine angeordnet.

Im übrigen kürzeten wieder einmal Gerüchte von einer bevorstehenden Kabinettkrise. Man hält es für fraglich, ob die Finanzpolitik Poincaré in der Kammer bei ihrem Wiederzukommen die gleiche Mehrheit finden werde, wie im August.

### Saleski und Ninschisch bei Brland.

Paris, 1. Okt. Der Minister des Auswärtigen, Brland, empfing heute vormittag den polnischen Minister des Auswärtigen, Saleski, den jugoslawischen Minister des Auswärtigen, Ninschisch, und den Generalresidenten in Marokko, Steeg. An dem von Brland vormittags gegebenen Frühstück nahmen Ninschisch und Steeg teil. (W.T.B.)

### Die neue Beamtenorganisation.

Berlin, 1. Oktober. In den Räumen des Deutschen Beamtenbundes ist gestern spät abends die neue Beamtenorganisation fertiggestellt und die vorläufige Verhandlung zwischen dem Deutschen Beamtenbund und dem Gesamtverband Deutscher Gewerkschaften abgeschlossen worden. Es handelt sich zunächst darum, daß zwischen Beamenschaft und christlichen Gewerkschaften ein fester Zusammenschluß in allen großen, die Beamenschaft bewegenden Fragen hergestellt wird, ohne daß eine restlose Verschmelzung der Mitgliedergruppen sofort Tatsache werden kann. Die christlichen Organisationen bewahren ebenso wie die einzelnen Beamtenvereine im Deutschen Beamtenbund, z. B. die Eisenbahner, Postbeamten, Lehrer, Kommunalbeamten, Polizeibeamten usw. zunächst ihre Selbständigkeit, und es wird noch mancher Verhandlung bedürfen, bis die restlose Verschmelzung der Untergruppen Tatsache geworden ist.

### Wider Hafensfreik in Hamburg.

Hamburg, 1. Okt. Nachdem der Reichsarbeitsminister den Schiedsgericht im Tarifstreik im Hamburger Hafen mit der Begründung, daß im vorliegenden Fall die Austragung des Streites den Parteien im Interesse der Allgemeinheit nicht überlassen bleiben könnte, als verbindlich erklärt hat, haben die Gewerkschaften alle Möglichkeiten genommen, den in der Abstimmung gefassten Streikbeschluss durchzuführen und haben ihren Mitgliedern die entsprechenden Weisungen. In einer heute vormittag vom Deutschen Verkehrsband einberufenen Versammlung wurde der Arbeiterschaft durch die Organisationsleitung mitgeteilt, daß die Gewerkschaft nicht in der Lage sei, den Streikbeschluss durchzuführen, da sie sonst auf Grund der Verbindlichkeitsklärung für alle wirtschaftlichen Schäden haftbar gemacht werde.

Einstimmig wurde eine Entschliebung gefaßt, in der von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften sowie von den politischen Arbeiterparteien gefordert wird, alle Maßnahmen zu ergreifen, die der Arbeiterschaft das Streikrecht sichern und es künftig unumgänglich machen sollen, daß ihren Organisationen bei der Durchföhrung von Streiks Befehlen angelegt werden können. Im Anschluß an diese Versammlung wurde eine neue Versammlung abgehalten, an der die Gewerkschaftsvertreter nicht mehr teilnahmen und in der nach kurzer erregter Aussprache

einmütig beschlossen wurde, den Kampf im Hamburger Hafen zu eröffnen.

In den privaten Betrieben ist die Arbeit heute morgen ohne Ausnahme fortgesetzt worden. Auch auf den staatlichen Anlagen wird gearbeitet. (W.T.B.)

### Die Berliner Polizeikonferenz.

Berlin, 1. Okt. Die Allgemeine Polizeikonferenz, die im Zusammenhang mit der hier stattfindenden Polizeiausstellung veranstaltet wird, wurde heute hier im Herrenhaus eröffnet. Ministerialdirektor Aberg begrüßte die Konferenz namens der preussischen Regierung. Auf der Tagesordnung standen folgende Vorträge: Oberpolizeidirektor Waller (Amsterdam) über Straßenbau und Verkehrsregelung und Regierungsrat Böcker (Hamburg) über die moderne Entwicklung der großstädtischen Verkehrsregelung.

Regierungsrat Dr. Fusch (Dresden)

referierte über die Notwendigkeit, zu einer Vereinfachung der internationalen Verkehrsverkehrsregeln und Verkehrsregeln, insbesondere für den Kraftwagenverkehr, zu kommen. Die Hauptschwierigkeit einer Verständigung auf diesem Gebiete liege daran, daß England, Schweden und die Tschecho-Slowakei und einige andere Staaten noch an der linksfahrtschrift festhielten, während in allen übrigen europäischen Ländern am 1. Januar 1927 einheitlich der schon seit längerer Zeit in Deutschland eingeföhrte Rechtsverkehr zur Durchführung käme. Auf diese Verchiedenartigkeit der Verkehrsverkehrsregeln, deren Vereinfachung allerdings große Kosten verursachen würde, sei ein großer Teil Unfälle im internationalen Kraftwagenverkehr zurückzuführen. Der Redner kam dann auf die Ergebnisse der internationalen Verkehrsverkehrsregelnkonferenz zu sprechen, die in diesem Jahre in Paris stattgefunden habe und in der über die Hauptfrage des Rechts- oder Linksfahrens keine Verständigung erzielt worden sei. Sehr notwendig sei die bisher fehlende internationale Vereinheitlichung der Verkehrsregeln, die zur Verhütung von Unfällen dienen. Der Redner berichtete dann weiter über die Konferenz zwischen Vertretern der Polizeipräsidenten der Großstädte und den Ländern, die in Dresden tagte und auf der man zu der Vereinheitlichung der Verkehrsregeln innerhalb Deutschlands Stellung genommen habe. Dort sei beschlossen worden, nach amerikanischem Muster für Verkehrsregeln ein Schilder mit nach unten gerichtetem Pfeil vorzuschlagen und die bisherigen Punkte für Straßenverengungen für die verschiedenen Fahrten beizubehalten. Falls die Straßen nur an Sonn- und Feiertagen gesperrt sind, treten an Stelle der schwarzen Punkte schwarze Kreise.

### Spruch gibt keine Komplicen preis.

Berlin, 1. Okt. Nach einer Korrespondenzmeldung aus Breslau hat der Juwelenräuber Spruch bei seiner heutigen Vernehmung angegeben, daß er den Raub in dem Berliner Juwelergeschäft mit seinem Freunde Paul verübt habe. Die Polizei nimmt an, daß es sich bei diesem Paul um einen der bekannten Paul handelt. Weiter hat Spruch angegeben, daß auch sein Freund Hermann in die Tat einbezogen gewesen sei. Die Nachforschungen nach den beiden angeblichen Mittätern sind in vollem Gange. Man vermutet, daß sie den größten Teil der Beute mit sich führen. Spruch bleibt weiterhin dabei, daß die noch vermischte Sonja existiere, und daß sie ebenfalls einen Teil der Beute mit sich führe. (W. T. B.)

### Spruch nach Berlin transportiert.

Breslau, 1. Okt. Wie von der Kriminalstelle des Polizeipräsidenten verlautet, ist der Juwelenräuber Spruch heute in Begleitung zweier Kriminalbeamter um 3.12 Uhr nachmittags nach Berlin transportiert worden. (W. T. B.)

## Frankreichs Räumungsschwindel im Rheinland.

### Das Manöver des Truppenaustausches.

Berlin, 1. Oktober. Ueber die Manöver, die die Franzosen am Rhein mit der Herabsetzung der Stärke der Besatzungstruppen treiben, erhält die „Deutsche Tageszeitung“ einen Bericht, in dem es u. a. heißt: Im Rheinland haben in den letzten Tagen Abtransporte einzelner französischer Truppenteile nach Frankreich stattgefunden. Nicht 6000 oder gar 7000 Mann, wie es ursprünglich hieß, sind dabei nach Frankreich abtransportiert worden, sondern nur 2500 Mann. Aber auch dabei handelt es sich weniger um eine wirkliche Herabsetzung der Besatzungstärke, als vielmehr um eine Umsichtung von Truppenteilen,

die entweder schon längst hätten abtransportiert werden müssen, oder die durch eine Umorganisation freigesetzt worden sind. In den letzten Monaten im Bereich der französischen Rheinarmee stattgefunden hat und nun zu Ende geführt worden ist. Die französische Rheinarmee verfügt außer den drei Armeekorps, die zurzeit noch im Rheinland stehen, über sogenannte Armeeetruppen. Jedes der drei Armeekorps besitzt außer seinen beiden Divisionen noch sogenannte Korpsgruppen, die der Armee bzw. dem Armeekorps unmittelbar unterstellt sind. Diese Truppen bestanden bisher neben zahlreichen Pionier-, Eisenbahn- und Kampfwagenformationen aus je zwei schweren Artillerieregimentern, einem Regiment mit Kratzpanzern und einem Regiment mit Pferdebespannung, und aus je einem Kavallerieregiment. Um nun Deutschland und der Welt eine Herabsetzung der französischen Truppenkontingente vorzuführen zu können, hat man sich französischerseits bereits vor einigen Monaten entschlossen, von den Armeekorps und Korpsgruppen der drei Korps je ein schweres Artillerieregiment und das Kavallerieregiment zurückzuziehen, und sie so neu zu organisieren, daß die Armeetruppen in Zukunft über ein schweres Artillerieregiment mit Kratzpanzern, die Korpsgruppen der drei Korps über je ein schweres Artillerieregiment mit Pferdebespannung verfügen. Gleichzeitig damit hat man, um den Abtransport der Artillerieregimenter wieder organisatorisch auszugleichen, die dem Korps unterstellten Infanteriedivisionen, die bisher ihnen unmittelbar unterstellte Kavallerie nicht beibehalten, um je eine Kavallerieschwadron als Divisionskavallerie versträrkt. Aus dem befreiten Gebiete sind also seit dem Frühjahr bisher nur abtransportiert worden, im ganzen vier schwere Artillerieregimenter und drei Kavallerieregimenter, sowie jetzt noch ein Infanterieregiment aus Koblenz. Dieses Regiment gehörte ursprünglich zu der im Südtell der Kölner Zone bis zur Räumung untergebrachten französischen Division. Es hätte also mit dieser zusammen bereits im Frühjahr zurückgezogen werden müssen, ist damals aber in Koblenz verblieben. Die jetzt im Rheinland erfolgenden Abtransporte französischer Truppenteile stellen also in Wirklichkeit, da schwere Artillerieregimenter und Kavallerieregimenter naturgemäß eine sehr große Anzahl von Transportwägen benötigen, nichts anderes als ein französisches Täuschungsmanöver

dar. An der Gesamtstärke des französischen Besatzungskontingents wird durch sie nur wenig, an dessen Gesamtorganisation überhaupt nichts geändert. Im Rheinlande bleiben nach wie vor drei Armeekorps mit zusammen sechs Divisionen, und auch nach dem Abtransport der schweren Artillerie- und Kavallerieregimenter sehr starke Armeekorps und Korpsgruppen.

### Der Ausruf Germersheims in Genf.

Nicht formgerecht.

Genf, 1. Okt. Vom Bürgermeister von Germersheim ist im Generalkonferenzrat des Völkerbundes das Telegramm eingegangen, in dem der Bürgermeister gegen die Zwischenfälle

welche sich kürzlich zugetragen haben, sowie gegen die französische Besatzung protestiert und eine Untersuchung des Völkerbundes über die Angelegenheit verlangt. Der Generalsekretär beschränkte sich darauf, wie in analogen Fällen, dem Bürgermeister von Germersheim den Empfang seines Telegramms zu bestätigen. Bekanntlich kann der Völkerbund nur durch eine Regierung und nicht durch eine Gemeindebehörde angegangen werden. (W.T.B.)

### Schamlose Pariser Tendenzmache.

Germersheim von deutschen Nationalisten inszeniert!

Paris, 1. Okt. Die gesamte französische Presse bemüht sich neuerdings, in tendenziöser Weise den Germersheimer Vorfall so unglücklich, daß dieser als Ergebnis nationalisistischer Agitation in den Rheinlanden erscheint. Die deutschen Rechtsparteien, so behaupten auch durchsichtigen Gründen die Zeitungen, verfolgen die Absicht, die deutsch-französische Annäherung zu stören. Zur Stützung dieser Behauptungen werden die merkwürdigsten Versionen über Germersheim folpertiert. So behauptet u. a. die „Liberte“, daß sie die Inschrift eines französischen Offiziers erhalten habe, aus der hervorgehe, daß nicht weniger als 60 Soldaten im Laufe der letzten Zeit verlegt worden seien. Die Angriffe auf das französische Militär hätten in der letzten Zeit derartig zugenommen, daß man sie überhaupt nicht mehr zählen könne. Der „Temps“, der im übrigen hervorzuheben versucht, daß die Verleumdungspolitik gefährdet würde und daß man sich in Deutschland lieber die Vorteile derselben vor Augen führen sollte, geht sogar so weit, daß er, ohne die geringsten Unterlagen dafür zu besitzen, die deutsche Darstellung von Germersheim ohne weiteres als unzuverlässig bezeichnet. Der Offizier habe in berechtigter Notwehr gehandelt. Deutschland inszeniere die Ereignisse über die Affäre nur, um eine Stimmung gegen die Fortdauer der Besatzung hervorzurufen. Man irre sich aber in Deutschland, wenn man glaube, daß durch solche künstlichen Schwierigkeiten für die Aufrechterhaltung der Besatzung Frankreich bewegen werden könne, auf seine, durch den Versailler Vertrag festgesetzten Rechte, zu verzichten. (T.B.)

### Holzmann von den Franzosen verhaftet!

Germersheim, 1. Okt. Wie W. T. B. von guntentrichter Seite erfährt, fand heute in London eine Konfrontation zwischen dem französischen Referentenleutnant Roucier und dem bei dem bekannten Zwischenfall von Sonntagnacht durch einen Schuß verletzten Schuhmacher Holzmann statt. Nach der Konfrontation wurde Holzmann von der französischen Besatzungsbehörde für verhaftet erklärt unter der Begründung, daß er Roucier erschossen habe.

Bei der Gegenüberstellung Rouciers mit Holzmann wurden auch drei weitere Deutsche aus Germersheim dem Leutnant Roucier gegenübergestellt und vernommen. Diese drei nach der Vernehmung wieder entlassenen Germersheimer Bürger waren, wie man erst jetzt erfährt, bereits am Montag in Germersheim in den französischen Bureaus bis zum Abend festgehalten worden. (W. T. B.)

Die Verhaftung Holzmanns erfolgte ohne Rücksicht auf Holzmanns Krankheitszustand. Dem Vater Holzmann, der seinen Sohn mit Rücksicht auf dessen Zustand nach London zur Vernehmung begleitet hatte, wurde von dem Dolmetscher bedeutet: Der Staatsanwalt behält ihren Sohn noch einige Tage zurück, bis er die Wahrheit sagt! Als der Vater wissen wollte, mit welchem Rechte solches gefeige, erhielt er die Antwort: Ihr Sohn wird angeklagt werden, weil er den Unterleutnant Roucier erschossen hat. Von einer Inhaftierung des Roucier durch die französische Untersuchungsbehörde kann keineswegs gesprochen werden, da, wie von verschiedenen Seiten glaubwürdig berichtet wird, der schiefreudige Offizier auch heute noch in London frei umherging.

## Die Kabinettsbildung in Warschau.

### Pilsudski stößt auf Schwierigkeiten.

Der Ueberfall der polnischen Offiziere.

(Durch Funkpruch.)

Warschau, 1. Okt. Der Marschall Pilsudski ist es bis abends noch nicht gelungen, seine Kabinettsbildung zu beenden. Der Marschall selbst bei der Besetzung einzelner Ressorts noch auf Schwierigkeiten zu stoßen. Als sicher kann gelten, daß Pilsudski neben dem Vorkrieg im Kabinett auch das Kriegsministerium übernehmen und daß der frühere Ministerpräsident Bartel die Stellung eines Vizeministerpräsidenten erhalten wird.

Der Ueberfall polnischer Offiziere auf den früheren Finanzminister hat das größte Aufsehen erregt. Eine Reihe hochstehender Persönlichkeiten, darunter Genandte und Abgeordnete, haben dem Minister, er insolge der erlittenen Verwundungen zu Bett liegt, persönlich ihre Wünsche zur baldigen Genesung ausgesprochen. Die Abendblätter berichten über den Zwischenfall selbst noch, daß die Offiziere vor dem Ueberfall die Telefonleitung zur Wohnung des Ministers durchschnitten haben. (W. T. B.)

### „Ein Kabinett der nationalen Verteidigung.“

Warschau, 1. Oktober. Pilsudski scheint in der Regierungsbildung ganz neue Wege zu gehen. Er will ein Kabinett der nationalen Verteidigung bilden und in diesem Kabinett an hervorragenden Stellen solche Politiker berücksichtigen, die aus Polnisch-Litauen, also aus der Wilnaer Gegend stammen. Ferner will er zur Errichtung eines starken Rückhalts im Parlament die Sozialdemokratie zur Mitarbeit heranziehen, sei es auch nur in der Form eines korrespondierenden Mitgliedes im Kabinett. Er will also abschneidend in wirklamer Weise den Gerüchten von einer neuen Diktatur entgegenzutreten um zu gleicher Zeit die aus dem oben erfolgten Abschluß des russisch-polnischen Vertrages resultierende Stimmung in Polen auszugleichen. (T. U.)

### Die unterdrückte Schulfreiheit in Oberschlesien

Beschwerde des deutschen Volksbundes beim Völkerbund.

Breslau, 1. Oktober. Die offizielle Beschwerde des deutschen Volksbundes für Polnisch-Oberschlesien über die Ungültigkeitserklärungen der Anmeldungen zu den deutschen Winderbeitsschulen ist jetzt beim Winderheitenamt der ersten Völkerbundsinstant, die die Ausführung des Genfer Abkommens zu überwachen hat, eingegangen. Wie sich aus ihr ergibt, sind von den 8588 Anmeldungen zu deutschen Schulen 7081 von den polnischen Behörden zurückgewiesen worden. Die Beschwerdeschrift stellt fest, daß die Verfügung der schlesischen Voivodenschaft gegen den Genfer Vertrag verstößt und deshalb unzulässig und rechtswirksam sein muß. Auch der Präsident der gemischten Kommission für Oberschlesien hat bereits im Jahre 1921 in dieser Frage eine Entscheidung gefaßt, die sich mit dem Standpunkt des Volksbundes deckt. Die Verfügung der schlesischen Voivodenschaft, wonach jetzt rund 82 Prozent der Schulanträge abgelehnt werden, steht also auch in offenem Widerspruch zu aber von der Regierung als verbindlich anerkannter Stellungnahme des Präsidenten Galonder.

### Ein Vertrag Italiens mit dem Jemen.

Der Erfolg von Livorno.

Rom, 1. Oktober. Stefani meldet, daß Italien mit dem Jemen einen Freundschafts- und Handelsvertrag abgeschlossen habe. (W. T. B.)

### Ein Ministerium Wellington Koo in Peking.

Peking, 1. Okt. Wellington Koo hat das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten an Stelle von Tsaitzing, der zurückgetreten ist, übernommen. Wellington Koo wird gleichzeitig die Funktion eines Premierministers ausüben an Stelle von Lu Hsiang, der das Marineministerium übernimmt. (W. T. B.)